

AEROSUISSE

Bekanntnis des Ständerates zugunsten der Schweizer Luftfahrt

Der Dachverband der Schweizer Luft- und Raumfahrt, die Aerosuisse, freut sich, dass auch der Ständerat – und dies sogar ohne Gegenstimme – einen Teil der **Erträge aus Treibstoffsteuern** wieder in die Luftfahrt zurück führen will. Die Aerosuisse bedauert aber, dass auch hoheitliche Aufgaben des Staates damit finanziert werden sollen. Mit 37 zu 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, hat der Ständerat am 26. Mai beschlossen, die auf Inlandflügen anfallenden Treibstoffsteuern statt bis wie bisher ausschliesslich dem Strassenverkehr, neu auch für **Umwelt- und Sicherheitsmassnahmen** im Flugverkehr zu verwenden. Konkret geht es um rund 60 Millionen Franken, die bislang aufgrund von Treibstoffsteuern auf Inlandflügen in die Bundeskasse flossen und zu einem wesentlichen Teil für den Strassenbau verwendet wurden.

Entgegen dem Nationalrat findet eine Mehrheit des Ständerates, dass auch die rund 9,1 Millionen Franken, welche der Bund bereits heute für die Sicherheitsbeauftragten aufwendet, mit den im Inland erhobenen Treibstoffsteuern bezahlt werden sollten. Aerosuisse-Präsident **Paul Kurrus** bedauert, dass der Antrag von **Didier Burkhalter** (FDP, NE), welcher die nationalrätliche Linie vertrat, nicht obsiegen konnte: «Man kann diese Sicherheitsbeauftragten nicht mit der Bahnpolizei vergleichen, da sie explizit gegen Terrorakte gegen den Flaggenstaat der Airline, also gegen die Schweiz, zum Einsatz kommen. Die Bahnpolizei dagegen verhindert Sachbeschädigungen und Anpöbelungen von Reisenden.» Nicht nachvollziehbar für die Aerosuisse ist auch, dass diese Steuererträge, welche vorwiegend von der allgemeinen Luftfahrt, insbesondere von **Helikopterfirmen** und der Rettungsfliederei, in der Schweiz stammen, so auch für Bundesaufgaben verwendet werden sollen.

Mit einer Änderung des Artikels 86 der Bundesverfassung kann in Zukunft ein Teil dieser Gelder – man geht jährlich von rund 44 Millionen aus – **verursachergerecht** in die Luftfahrt zurück fliesen. Würden damit auch die Sicherheitsbeauftragten auf Linienflügen bezahlt, schmälerte dies den Betrag um rund einen Fünftel. Da sich Stände- und Nationalrat diesbezüglich nicht einig sind, kommt es nun zur Differenzbereinigung. Der Nationalrat hält allerdings an seiner Haltung fest, der Ständerat will nun noch weitere Auskünfte. 2009 dürfte die Vorlage vors Volk gelangen, da es sich um eine Änderung der Bundesverfassung handelt. *pd*

www.aerosuisse.ch

